

Positionspapier

Unternehmerisches Österreich

(Stand: 21. Februar 2015)

Wirtschaft ist für die Menschen da. Sie schafft Wohlstand. Dieser Wohlstand kann in Eigentum, Bildung, Infrastruktur, Kultur und sozialen Ausgleich investiert werden. In welchem Verhältnis eine Gesellschaft ihre Mittel verteilt, ist dabei ein ständiger Aushandlungsprozess. So selbstverständlich dieser einfache Zusammenhang erscheinen mag, die Rhetorik, mit der Arbeiter_innen, Angestellte und Unternehmer_innen oft gegeneinander ausgespielt werden, lässt daran zweifeln, dass alle politisch Handelnden in Österreich diesen Zusammenhang verstanden haben: Wohlstand muss erst erwirtschaftet werden, bevor verteilt werden kann. Wird nicht mehr ausreichend Wohlstand erwirtschaftet, können wir uns zwar einige Jahre mit immer neuen Schulden über die Runden retten, aber immer auf Kosten der nächsten Generation. Das Abrutschen Österreichs in fast allen bedeutenden Standort-Rankings bestätigt die Negativspirale in der wir uns befinden. Wir benötigen Unternehmertum. Wir benötigen eine starke Wirtschaft, denn nur diese schafft Arbeitsplätze. Der Arbeitsmarkt bzw. Arbeitsplätze werden das bestimmende Thema 2015 sein. Unsere Antwort ist ein Unternehmerisches Österreich.

Umverteilung - eine Frage der Gerechtigkeit, aber auch der Vernunft

Wir sind der Meinung, dass die Umverteilung in Österreich nicht zugunsten derer funktioniert die es wirklich nötig haben. Mit der horrenden Abgabenquote von über 45% könnte hierzulande wahrlich der notwendige soziale Ausgleich von oben nach unten geschaffen werden. Stattdessen wird damit Klientelpolitik betrieben. Somit lehnen wir diese Belastung weniger zugunsten vieler gar nicht sozial schwacher ab. Es wird vor allem auch innerhalb der Einkommensgruppen umverteilt. Staatliche oder zumindest staats- und parteinahe Institutionen nehmen mit der linken Hand und geben mit der rechten. Dieses System der staats- und parteinahen Wirtschaft hat in den vergangenen Jahrzehnten durchaus Wohlstand ermöglicht. Doch offensichtlich gelingt es in den letzten Jahren immer schlechter und führte zu einer Abhängigkeit und zu struktureller Korruption. Das Konservieren parteipolitischer Abhängigkeiten unterbindet Eigenverantwortung und -initiative. Ein Resultat davon ist die derzeitige Stagnation des Wirtschaftsstandortes. Wird dieser Weg weiter beschritten, verteilen wir in Österreich bald keinen Wohlstand mehr um, sondern verwalten nur noch den Mangel.

Wir brauchen einen Mentalitätswandel. Denn unabhängig davon welche Ideen und Konzepte über die Steuer- und Abgabenhöhe in den demokratischen Institutionen dominieren: Für alle ist weniger da, wenn der Wirtschaftsmotor nicht rund läuft. Ohne Wachstum und Beschäftigung fehlt das Geld für Bildung, Infrastruktur, Kultur und sozialen Ausgleich.

Heute sind die Staatskassen bereits leer, die Abgaben und die Steuereinnahmen haben jedoch ein Rekordniveau erreicht. Wir können derzeit kaum noch sinnvolle demokratische Debatten darüber führen, wie wir unseren Wohlstand investieren wollen, wenn wir gleichzeitig unseren Wohlstand in rasender Geschwindigkeit im Haushaltsdefizit und der steigenden Staatsverschuldung verbrennen.

Fehlentwicklungen - jahrelang verschlafen

Wie konnte es so weit kommen? Spätestens seit den 1980er-Jahren haben sich im Wirtschaftskreislauf zwei Größen grundlegend verschoben. Zum einen ist das Wirtschaftssystem immer größer und internationaler geworden. Unsere regionalen Betriebe stehen heute in Konkurrenz mit Unternehmen aus allen Regionen der Welt. Zum zweiten haben sich die Wirtschaftszweige und die Struktur der Arbeit gewandelt. Einfache industrielle Tätigkeiten wurden automatisiert, oder in günstigere Regionen der Welt verlagert. Heute werden nicht mehr, wie zu Zeiten der Industrialisierung, schier unendlich viele gering qualifizierte Arbeitskräfte benötigt. Heute messen wir uns im hochqualifizierten Wettbewerb innovativer Technologien und Dienstleistungen.

Mit diesem Wandel der Wirtschaft ging ein Gesellschaftswandel einher. Die Anrechteordnung der Arbeitnehmergeellschaft geriet ab den 1980er-Jahren in die Defensive. Als erstes zeigte sich in den Pensionskassen: Die europäischen Wirtschaften wuchsen immer langsamer, zahlreiche Privilegien werden immer schwerer finanzierbar. Die Arbeitnehmergeellschaft wurde abgelöst durch den unternehmerischen Einzelnen, welcher für das höhere Risiko welches er zu tragen hat auch mehr Teilhabe und Chancen verlangt. Verständlich, denn wer zahlt schon gerne immer mehr in einen Staatsapparat ein, aus dem immer weniger Leistungen zu erwarten sind. Dieser Gesellschaftswandel von der Arbeitnehmergeellschaft zum unternehmerischen Einzelnen ist keine "liberale Interpretation", sondern er wurde von prominenten Soziologen wie Heinz Bude um die Jahrtausendwende erörtert.

Schon lange steht nicht mehr "der/die Industrielle" des 20. Jahrhunderts im Verteilungskampf mit "seinen Arbeiter_innen". Heute stehen hochproduktive Betriebe und ihre hochqualifizierten Mitarbeiter_innen in Konkurrenz mit Konkurrent_innen in der ganzen Welt. Die Sozialpartnerschaft, die historisch wichtig für den Wirtschaftsstandort Österreich war, ist leider im letzten Jahrhundert stecken geblieben. Durch ihre verkrusteten Strukturen stehen ritualisierte Scheingefechte am Programm und nicht ein Service, der den Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhundert entspricht. Wir möchten eine Sozialpartnerschaft neu, die einerseits größtmögliche Freiheit und andererseits größtmögliche Sicherheit garantiert.

Wirtschaftswandel - aktiv gestalten statt ihn zu leugnen

Politik kann die Ausgangssituation nicht ändern, aber wir können darauf Rücksicht nehmen und die Rahmenbedingungen für die Gegenwart und Zukunft verbessern. Wirtschaftspolitik kann Rahmenbedingungen schaffen, die erfolgreiches Unternehmertum ermöglichen, oder sie kann Privilegien der Vergangenheit bewahren. Beides zugleich ist nicht möglich. Im Vergleich zu vergangenen Epochen müssen Unternehmer_innen und Angestellte deutlich mehr Risiko und Eigenverantwortung übernehmen, das ist nicht zu ändern. Die Politik kann aber versuchen den Menschen die nötigen Werkzeuge und Möglichkeiten an die Hand zu geben, um Risiken eigenverantwortlich in Chancen umzusetzen. Erfolgreiche Wirtschaftspolitik verlangt: Einsicht in das, was nicht zu ändern ist und Fokus auf die Gestaltung jener Rahmenbedingungen, die beeinflussbar sind. So ist es offensichtlich nicht mehr möglich im alten Denken industrialisierter Nationalökonomien durch staats- und parteinahe Konzerne neuen Wohlstand zu schaffen. SPÖ und ÖVP Regierungen der vergangenen Jahrzehnte haben dies eindrucksvoll belegt. Wenn wir uns die Vollkasko-Versorgungsgesellschaft nicht mehr leisten können, dann sind wir es den Bürger_innen

jedoch schuldig, ihnen den notwendigen Spielraum bereit zu stellen um politisch direkter zu partizipieren und wirtschaftlich eigenverantwortlicher agieren zu können. In Deutschland wurde in den letzten 10 Jahren bewiesen, wie eine Mentalitätsreform von der Arbeitnehmersgesellschaft der Nachkriegszeit zum unternehmerischen eigenverantwortlichen Individuum gelingen kann. In Österreich halten wir dagegen am Besitzstandsdenken und auf dem Beharren von Privilegien des vergangenen Jahrhunderts fest. Die Flucht in weitere nationale Regulierung und die schützende Hand über ineffizienten staatsnahen Konzernen, konnte die internationale Entwicklung des Wirtschaftskreislaufes selbstverständlich nicht beeinflussen, sie hat auf Kosten neuer Schulden Zeit gekauft. Gleichzeitig haben Regulierungen, Kammerzwänge und hohe Steuern zum Schutz dieser alten Strukturen Innovationen verhindert. Die Abgabenquote ist im europäischen Vergleich besonders hoch und mit wachsendem Schuldenberg schwindet der politische Spielraum. Dadurch verliert beispielsweise das Bildungssystem immer weiter an Qualität. Wir sehen, dass die Schulen immer schlechter darin werden soziale Startnachteile auszugleichen. Es gelingt ihnen auch immer weniger Talente zu fördern und zu motivieren.

Wirtschaftswandel - Unsicherheit, Scheitern & Chance

Die Welt ist unsicherer geworden. In den letzten Jahren sehen wir immer mehr Unternehmen, oder auch Banken scheitern. Diesem Risiko können wir nur mit höherer Eigenverantwortung und einer toleranteren Fehlerkultur begegnen. Was wir uns jedoch nicht leisten können ist, Risiken und Scheitern mit ständig neuen Schulden zu kompensieren. Wir ruhen uns auf den Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte aus und wollen nicht wahr haben, dass wir im Vergleich zu anderen Standorten rasant an Boden verlieren.

Wir müssen daher jetzt die Wende für eine offene und zukunftsfähige Wirtschaftspolitik schaffen. Wir müssen das Lagerdenken überwinden und dürfen Unternehmer_innen und Arbeitnehmer_innen nicht länger gegeneinander ausspielen. Wir leben nicht mehr in der Industrialisierung, Unternehmer_innen sind nicht mehr Gegner_innen der Arbeitnehmer_innen. Sie sind vielmehr die einzigen, die zusammen mit ihren Angestellten neuen Wohlstand schaffen können. Nur so können die Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft für nachhaltigen und breiten Wohlstand gesichert werden.

Um den Prozess des Umdenkens zu unterstützen, haben wir mit NeuWind einen Wirtschaftsindikator erarbeitet, der mehr als nur das BIP in den Begriff "Wohlstand" einrechnet. Unsere Steuerreformvorschläge wollen nicht von einer zur anderen Interessensgruppe umverteilen, sondern sollen Nachteile, die unsere Steuerordnung im Vergleich zu anderen Standorten aufweist, beheben. Wir wollen Behördengänge und Bürokratie für Unternehmen reduzieren, damit der Staat nicht mehr gegen Unternehmertum arbeitet, sondern sich als Dienstleister für junge Innovationen und traditionelle Leistungsträger versteht. Bei Regulierungen pochen wir auf das Prinzip "one-in-one-out",

damit wir nicht in absehbarer Zeit unter der Last von Restriktionen erdrückt werden, deren ursprünglicher Zweck schon lang vergessen ist.

Was es für eine erfolgreiche Reform der Wirtschaftspolitik braucht, ist also weder unbekannt noch neu, wurde aber leider bislang nicht angegangen.

Wir sehen, dass der Weg in die Vergangenheit uns nicht mehr offen steht. Versuchen wir es also mit der Flucht nach vorn - in ein „Unternehmerisches Österreich“.

Unsere Sofortmaßnahmen sehen folgende Punkte vor:

- 1. Mentalitätsreform:** Unternehmertum ermöglichen, statt es zu regulieren.
 - a. Wir fordern die "One-in-One-out-Regel" für die nationale Gesetzgebung - für jede neue Regelung muss in Zukunft eine veraltete abgeschafft werden.
 - b. Weg vom Paradigma der staats- und parteinahen Nationalökonomie. Förderungen und Subventionen zugunsten niedrigerer Abgaben zurück fahren.
 - c. Abgabenlast und Sozialleistungen von Selbstständigen und Arbeitnehmer_innen müssen angeglichen werden. Selbstständigkeit muss entbürokratisiert werden.

- 2. Bildung:** Bildung als der maßgeblichen Zukunftsfaktor Österreichs etablieren.
 - a. Schulautonomie umsetzen.
 - b. Unternehmertum an die Schulen bringen, z.B. durch Gründerwerkstätten und Unterricht in den Grundlagen der Unternehmensführung.
 - c. Bildungsdefizite müssen an den Schulen beseitigt werden, statt in den Arbeitsmarkt und ins AMS ausgelagert zu werden.

- 3. Bürokratie:** Bürokratie hemmt unternehmerische Tätigkeit. Ideen können nicht einfach verwirklicht werden. Dafür sorgen ein starres Gewerberecht und andere Standesrechte, die einschränken und verhindern, statt unternehmerische Tätigkeit und Kreativität zu fördern. Österreich muss den Verwaltungsaufwand wesentlich reduzieren:
 - a. Schaffung einer modernen Gewerbeordnung, die den Ansprüchen des 21. Jahrhunderts entspricht.
 - b. One-Stop-Shop-Konzept für alle Themen „rund ums Gewerbe“ (Genehmigungen, Gewerbeberechtigungen, Förderungen, Steuernummer und Firmenbucheintragung, etc.).
 - c. Verschlankung und Harmonisierung aller damit in Zusammenhang stehenden Gesetze.
 - d. Maßgebliche Reduktion der Verwaltungstätigkeit auf Seiten der Unternehmer_innen (Beauftragte, statistische Anforderungen, etc.).

- 4. Budget:** Generationengerechtigkeit endlich mitdenken und Schuldenbremse in den Verfassungsrang heben.
 - a. Um Generationengerechtigkeit zu gewährleisten und eine ausufernde Staatsverschuldung zu vermeiden, muss eine verfassungsrechtlich verankerte Schuldenbremse etabliert werden.
 - b. Durch eine Umsetzung des NEOS Steuerkonzepts schaffen wir einen Spielraum für eine jährliche Schuldentilgung in Höhe von 3,3 Milliarden Euro, um die Zinslast abzutragen.
 - c. Der Spielraum für die Steuerreform wird gegenfinanziert durch ausgabenseitige Maßnahmen und Reformen wie im NEOS Steuerkonzept veranschlagt.

- 5. Steuerreform:** Steuergesetzgebung, die dem Titel „weniger, einfacher, generationengerecht“ entspricht.

- 6. Weniger:**
 - a. Senkung der Lohnsummenabgaben.
 - b. Senkung der Einkommensteuer sowie Steuerhoheit für Bundesländer und Gemeinden.
 - c. Abschaffung der kalten Progression.

- 7. Einfacher:**
 - a. Streichung von Bagatellsteuern.
 - b. Streichung von Rechtsgeschäftsgebühren.
 - c. Streichung fragwürdiger Sondersteuern.

- 8. Generationengerecht:**
 - a. Streichung ineffektiver Umweltsteuern.
 - b. Stufenweise Etablierung einer aufkommensneutralen CO₂-Steuer.
 - c. Konsequente Umsetzung der Pensionsreform

- 9. Start-Ups:** Flexible Unternehmensformen mit Investitionsanreizen schaffen:
 - a. Neue Unternehmensformen für Start-Ups schaffen (z.B. "Start-Up, "GmbH Zero").
 - b. Investitionsanreize durch Steuererleichterungen für Investitionen in Unternehmen, oder alternative Finanzierungsmodelle (z.B. Crowd-Funding) schaffen.
 - c. Abgabenlast und Sozialleistungen für Selbstständige in EPUs und KMUs an jene von Angestellten angleichen, durch Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger zu je einem Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherungsträger.
 - d. EPU-Zwangsanstellungen durch Gebietskrankenkassen beenden.

10. Innovation ermöglichen und nicht durch Gewerbeordnung und Kurzsichtigkeit verhindern.

11. Durch eine Unterfinanzierung des Wissenschafts- und Forschungssektors verspielen wir unsere Zukunft! Es müssen notwendige Rahmenbedingungen geschaffen und die Finanzierung gewährleistet werden, damit der Forschungsstandort Österreich Luft zum Atmen bekommt. Schluss mit zu strengen Regulatorien und sinnlosen Förderungen nach dem Gießkannenprinzip!

- a. Forschungsförderungsagenturen und Forschungseinrichtungen erhalten mehrjährige Budgetzusagen.
- b. Es wird eine transparente für alle einsehbare Übersicht über alle Forschungsförderungsmaßnahmen in Österreich geschaffen.
- c. Die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden für die Forschung – insbesondere auch bei gemeinnützigen Stiftungen – wird ausgebaut.

12. Forschung und Entwicklung: Ein interministerieller FTI-Steuerungsrat (Kanzler, Vizekanzler, die Bundesminister_innen für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, Finanzen, Gesundheit, Verkehr, Innovation und Technologie sowie Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft) legt mehrjährige strategische und budgetäre Regierungsziele im Bereich Wissenschaft und Forschung fest. Nur durch eine langfristige Strategie kann eine Entwicklung hin zu einer Wissensgesellschaft, basierend auf Wissenschaft und Forschung, vorangetrieben werden.

- a. Die Agenden für Wissenschaft, Forschung und Hochschulen werden in einem eigenen Ministerium zusammengeführt.
- b. Die für 2020 festgelegten Zielindikatoren in Bezug auf das BIP sind auf jahresweise Teilziele herunter zu brechen, um laufend deren Erreichung kontrollieren zu können:
 - i. F&E-Quote: 3,76%
 - ii. Quote für tertiäre Bildung: 2%
 - iii. Quote für Grundlagenforschung: 0,8%

13. Finanzierung: Unternehmen, von EPU's über Start Ups und KMUs bis hin zur Industrie, suchen nach alternativen Finanzierungsformen.

- a. Rechtlichen Rahmen für Crowd Funding und Crowd Investment schaffen.
- b. Lockerung der Bestimmungen der FMA und Erhöhung der Prospektpflichtschwelle auf 5 Mio Euro.
- c. Rücknahme des Gold Platings bei der AIFM Richtlinie.

14. Arbeitsmarkt: Flexibilisierung von Beschäftigung und Fachkräfteoffensive:

- a. Arbeitszeitflexibilisierung:
 - i. flexiblere Tageshöchst Arbeitszeit bei gleichbleibender Wochenhöchst Arbeitszeit.
 - ii. Schaffung von Jahresarbeitszeitmodellen.
- b. Schaffung einer freiwilligen Teilarbeitsfähigkeit im Sinne der Arbeitnehmer_innen zur Vermeidung von Dequalifizierung und Forcierung einer arbeitsplatznahen Rehabilitation.
- c. Reform der Rot-Weiß-Rot Karte:
 - i. Entbürokratisierung der Antragstellung.
 - ii. Anerkennung von Bachelor-Abschlüssen.
 - iii. Reduktion der Einkommensgrenzen für Studienabsolvent_innen auf das Durchschnittsniveau von Studienabsolvent_innen österreichischer Universitäten.
 - iv. Längere Möglichkeiten zur Jobsuche für Studienabsolvent_innen österreichischer Universitäten aus Drittstaaten.

15. Sozialpartnerschaft ins 21. Jahrhundert führen:

- a. Absolute Transparenz in allen Belangen der Sozialpartnerschaft inkl. Rechnungshof Prüfkompetenzen für ausgelagerte Gesellschaften die zumindest zu 50 % im Eigentum des Staates stehen.
- b. Deutliche Reduktion der Fraktionsförderung um 75 % inkl. eines Querfinanzierungsverbotes
- c. Schrittweise Umwandlung der Pflichtmitgliedschaft ab 2019 in eine freiwillige Mitgliedschaft